

Jahrgangsstufe 10

Konferenz von Potsdam	Auf dieser Konferenz beschlossen 1945 die USA, Großbritannien und UdSSR die Grundzüge für die Behandlung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Oder-Neiße-Linie wurde die Ostgrenze Deutschlands.
Ost-West-Konflikt	Gegensatz der beiden von den USA einerseits und der Sowjetunion andererseits angeführten Machtblöcke nach dem Zweiten Weltkrieg. Er entzündete sich am politisch-ideologischen Gegensatz der beiden Mächte und trat in der Unmöglichkeit der Kriegsbeteiligten, sich auf eine gemeinsame Deutschlandpolitik zu einigen, offen zutage.
Besatzungszonen	Deutschland und Österreich wurden nach dem Zweiten Weltkrieg von den Siegermächten in vier Besatzungszonen aufgeteilt – eine amerikanische, eine britische, eine französische und eine sowjetische
Flucht und Vertreibung	Als Folge des verlorenen Zweiten Weltkriegs kam es zu einer riesigen Bevölkerungsbewegung von Deutschen von Ost nach West. Sie begann mit der Flucht von Deutschen vor der Roten Armee und fand ihren Höhepunkt in der systematischen Vertreibung aus Gebieten östlich der Oder-Neiße-Grenze und Ost- bzw. Südosteuropas. Insgesamt mussten 14 Millionen Deutsche ihre Heimat verlassen, viele kamen dabei um.
UNO	(United Nations Organization) Die Weltorganisation wurde 1945 als Nachfolgerin des Völkerbundes gegründet. Der Organisation gehören inzwischen fast alle Staaten der Erde an. Ihre Hauptziele sind die Erhaltung des Friedens, Abrüstung und Garantie der Menschenrechte; ihr Sitz ist New York
Kalter Krieg	Vom Journalisten Lippman 1947 geprägter Begriff für den Ost-West-Konflikt. Beide Supermächte wollten angesichts der Gefahr einer atomaren Vernichtung einen „heißen“ Krieg vermeiden, aber gleichzeitig doch ihre Machtstellung behaupten und ausbauen. Eingebunden in die feindlichen Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt bekämpften sich die beiden Weltmächte in Stellvertreterkriegen, durch Spionage, Propaganda, wirtschaftlichen und politischen Druck.
NATO	(North Atlantic Treaty Organization) Die NATO verstand sich während des Kalten Krieges zwar vorwiegend als militärisches Verteidigungsbündnis gegen die UdSSR, verfolgt mit ihrer Gründung aber auch weitere Ziele, v.a. die Regelung internationaler Streitfälle, gemeinsamen Widerstand gegen bewaffnete Angriffe und Beistandspflicht. Neben der Führungsmacht USA gehören ihr Kanada und viele europäische Staaten an, Die Bundesrepublik Deutschland seit 1955.
Warschauer Pakt	Der 1955 von der Sowjetunion gegründete Warschauer Pakt stellte ein militärisches Gegenbündnis zur NATO dar. Er verstand sich als „Vertrag über Freundschaft, Zusammenhalt und Beistand“ zwischen den Staaten des Ostblocks. 1990 wurde der Warschauer Pakt aufgelöst.

Politik der Koexistenz	„Friedliche Koexistenz“ wurde 1956 auf dem Parteitag der KPdSU zum Grundsatz sowjetischer Außenpolitik erhoben: Erstrebt wurde die Ausbreitung des Kommunismus in der Welt unter Vermeidung einer kriegerischen Auseinandersetzung. Demgegenüber verstand man im Westen unter Koexistenz den ideologischen und wirtschaftlichen Wettbewerb der Systeme.
Gründung der BRD	Mit der Verabschiedung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 war die Bundesrepublik gegründet. Erster Bundespräsident wurde der FDP-Politiker Theodor Heuss, erster Bundeskanzler der CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer.
Marshall-Plan	Amerikanisches Wiederaufbauprogramm für das zerstörte Europa, benannt nach dem amerikanischen Außenminister Marshall. Europäische Staaten erhielten Kredite und Hilfslieferungen. Weil die Einführung einer freien Marktwirtschaft Voraussetzung war, untersagte die Sowjetunion den osteuropäischen Staaten die Teilnahme. Für die Bundesrepublik Deutschland war es der Beginn einer wirtschaftlichen Wiederbelebung (Wirtschaftswunder)
Soziale Marktwirtschaft	Freie Marktwirtschaft, durch den Wirtschaftspolitiker Ludwig Erhard ergänzt durch soziale Gesichtspunkte, die es dem Staat erlauben, in den freien Markt dann einzugreifen, wenn wirtschaftlich und sozial unerwünschte Wirkungen auftreten.
außerparlamentarische Opposition	(APO) Als Reaktion auf die Notstandsgesetze bildete sich eine Opposition außerhalb des Parlaments. Die als Protest von Studenten entstandene Bewegung lieferte sich zahlreiche Straßenschlachten mit der Polizei. Ein Teil der APO radikalisierte sich und versuchte als RAF mit Terroranschlägen einen Umsturz der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen.
Ostverträge	Die Bundesregierung unter Kanzler Willy Brandt (SPD) schloss zwischen 1970 und 1973 Verträge mit der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei sowie der DDR. Die Bundesrepublik bestätigte darin die nach 1945 entstandenen Grenzen und erklärte, dass sie „auf einen Zustand des Friedens in Europa“ hinarbeiten wolle.
Gründung der DDR	Inkrafttreten der Verfassung und damit Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 unter der Vorherrschaft der SED mit einer zentral gelenkten Planwirtschaft. Der Verfassung nach war die DDR ein demokratischer Staat, in Wirklichkeit lag die eigentliche Macht beim Zentralkomitee der SED.
Zentrale Planwirtschaft	Zentrale Planungsbehörden legen fest, was, wie viel in welcher Zeit produziert wird. Weil die zentral aufgestellten Pläne nicht flexibel auf die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung reagieren können, kommt es in zentral gesteuerten Planwirtschaften immer wieder zu Mangelwirtschaft und Versorgungsengpässen.
Berliner Mauer	Im August 1961 ließ die DDR-Regierung eine Mauer zwischen Ostberlin und den Westsektoren errichten, um die Massenflucht von DDR-Bürgern zu beenden. Kurz darauf wurde die gesamte innerdeutsche Grenze gesperrt. Die Mauer wurde zum Symbol der deutschen Teilung.

Stasi	Abkürzung für Staatssicherheitsdienst. Dies bezeichnete den Apparat der Geheimpolizei (MfS = Ministerium für Staatssicherheit). Sie bereitete Terrorkampagnen und Schauprozesse mit fingierten Vorwürfen gegen Regimegegner und Andersdenkende vor. Betroffene mussten mit langjähriger Haft, gesundheitsschädigender Zwangsarbeit oder dem Tod rechnen.
Entkolonialisierung	Beendigung der europäischen Kolonialherrschaft in den überseeischen Gebieten 1945 bis 1975, teils durch freiwilligen Verzicht der Kolonialherren, teils nach bewaffnetem Kampf mit der einheimischen Bevölkerung.
Gründung Israels	Die Verwirklichung der auf Theodor Herzl zurückgehenden Idee einer „jüdischen Nationalheimstätte“ in Palästina führte 1948 zur Gründung des Staates Israel durch Ben Gurion.
Nahost-Konflikt	Die mit der Gründung Israels verbundene Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung löste einen Dauerkonflikt aus, der auch zu mehreren militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn führte. Trotz eines begonnenen Friedensprozesses ist eine dauerhafte friedliche Lösung des Konflikts bis heute nicht erreicht. Insbesondere ist die Palästinenserfrage, das allgemein anerkannte Recht der palästinensischen Bevölkerung auf Heimat, nicht beantwortet.
Auflösung der UdSSR	Da seit etwa 1980 die Konsumgüterproduktion zugunsten einer hohen Rüstungsproduktion vernachlässigt wurde, lag der Lebensstandard der Bevölkerung weit unter dem der westlichen Industrieländer. Als im März 1985 der Reformpolitiker Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU gewählt wurde, waren die Erwartungen in der Bevölkerung hoch. Gorbatschow beschrieb seine Politik mit den Schlagworten Offenheit (Glasnost) und Umbau (Perestroika). Unter ihm wurde in der Sowjetunion der Wandel zur parlamentarischen Demokratie und zur Marktwirtschaft vorbereitet. Dies führte 1991 zum Ende des Sowjetreichs, da zahlreiche Sowjetrepubliken ihre Unabhängigkeit erklärten.
Deutsche Wiedervereinigung	Die Reformpolitik in der Sowjetunion seit 1985 ermutigte die Bürger in der DDR, von der SED größere politische Freiheit, vor allem Reisefreiheit, zu verlangen. Als im Sommer 1989 die Grenze zwischen Ungarn und Österreich durchlässig wurde, flüchteten tausende DDR-Bürger in den Westen. In der Folge fanden in der DDR Massendemonstrationen gegen die Regierung statt. Ohne Unterstützung der Sowjetunion wagte es die SED nicht, mit Waffengewalt gegen die Protestierenden vorzugehen. Nachdem die Berliner Mauer am 9. November 1989 unerwartet geöffnet worden war, zeichnete sich bald eine Tendenz zur Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik ab. Am 3. Oktober 1990 wurde auf Beschluss der Volkskammer der DDR und des Bundestags die staatliche Einheit Deutschlands hergestellt.